

25. September 2024

## Resolution

### **Ergebnis der Honorarverhandlungen völlig inakzeptabel**

*Die Abgeordnetenversammlung der KVSH stellt fest:*

Der Honorarabschluss für das Jahr 2025 ist einmal mehr völlig inakzeptabel und gefährdet das wirtschaftliche Überleben der ärztlichen und psychotherapeutischen Praxen in Schleswig-Holstein und damit die ambulante Patientenversorgung. Die zu geringen Honorarzuwächse decken wie bereits in den Vorjahren die stark gestiegenen Kosten für Personal, Mieten, Versicherungen und Energie in unseren Praxen nicht annähernd ab.

### **Die gesetzlichen Regeln für die Honorierung ärztlicher und psychotherapeutischer Leistungen sowie für die Honorarverhandlungen müssen dringend verändert werden. Wir fordern von der Politik:**

- Jede erbrachte Leistung muss vollständig und ohne jegliche Budgetierung für alle Fachgruppen bezahlt werden. Ansonsten werden noch mehr Praxen rote Zahlen schreiben und wären gezwungen, die Versorgung einzustellen.
- Ins Gesetz muss zwingend aufgenommen werden, dass Steigerungen des kalkulatorischen Arztgehaltes in den Honorarverhandlungen verbindlich und dauerhaft zu berücksichtigen sind.
- Die tatsächliche Kostenentwicklung muss angemessen berücksichtigt statt kleingerechnet werden und die realen Steigerungen der Praxiskosten widerspiegeln. Allein 2022 erhöhten sich laut Statistischem Bundesamt die durchschnittlichen Aufwendungen in den Praxen um elf Prozent. Die Honorarzuwächse blieben dahinter deutlich zurück, im Ergebnis sinken die Einkünfte der Praxisinhaberinnen und -inhaber.
- Kostensteigerungen in den Praxen müssen ohne Zeitverzug ausgeglichen werden. Derzeit wird die Teuerung stets rückwirkend und mit erheblichem Zeitverzug berücksichtigt. Das führt zu dauerhaften finanziellen Engpässen in den Praxen. Wir fordern eine solide und transparente Kalkulationsgrundlage, die den jeweils aktuellen wirtschaftlichen Realitäten in unseren Praxen Rechnung trägt.
- Die Verhandlungspartner in Berlin müssen diese Realitäten endlich anerkennen und entsprechend handeln. Auch die Krankenkassen müssen jetzt einsehen, dass es um die ambulante Versorgung ihrer Versicherten geht, die immer mehr unterfinanziert ist.

Wir wollen weiterhin unsere Patientinnen und Patienten in gewohnter Weise versorgen. Das können wir aber nur, wenn wir uns nicht täglich um das wirtschaftliche Überleben unserer Praxen sorgen müssen.

Die Politik muss jetzt handeln, um die Existenz der Praxen und deren Nachfolge zu sichern.